

Europäische Armee

Zwischen europäischer Integration und nationaler Autonomie

Deutschland sieht sich in jüngster Vergangenheit mit vielen außenpolitischen Konfliktfeldern und den damit einhergehenden internationalen Verkettungen konfrontiert. Es stellt sich zunehmend die Frage, welche Rolle Deutschland innerhalb dieser Konfliktlandschaft einnimmt und wie es sich in sicherheitspolitischen Fragen zukünftig positionieren wird. Die Diskussion um die Schaffung einer Europäischen Armee ist auf Grund der aktuellen außenpolitischen Lage, die Deutschland und andere europäische Staaten zunehmend von einem ring of fire umgeben lässt, nicht unbedeutend. Daher zeigte die Podiumsdiskussion „Europäische Armee - Zwischen europäischer Integration und nationaler Autonomie“ des Landesbüros NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung im Bonner Haus nennenswerten Aktualitätsbezug. Rund 200 Besucher_innen folgten dieser Einladung.

In der Begrüßung der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde bereits eingangs erwähnt, dass die Forderung nach der Schaffung einer Europäischen Armee auch von hochrangigen Politiker_innen in jüngster Vergangenheit immer wieder formuliert wurde: Ein entsprechender Vorschlag wurde vom Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker im März diesen Jahres ausgesprochen und erhielt parteiübergreifend Unterstützung. So unter anderem von Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier, doch auch Omid Nouripour, Sprecher für Außenpolitik der Fraktion Bündnis90/Die Grünen hält den Vorschlag für eine „hervorragende Idee“.

Ist aber eine weitergehende militärische Integration mit einer Autonomie der Nationalstaaten bei der Entscheidung über den Einsatz von Soldat_innen überhaupt vereinbar? Welche Voraussetzungen müssten auf europäischer Ebene für die Bündnisfähigkeit überhaupt geschaffen werden? Diese und viele weitere interessante Fragen wurden während dieser Veranstaltung unter Moderation von Hans-Joachim Schaparin mit dem geladenen Podium diskutiert.

Schaparin formulierte in seinem Eingangsimpuls, dass Europa vor großen internationalen Herausforderungen stehe: Deutschland sei umgeben von vielen „zerfallenen Staaten“, daher sei ein engeres und engagierteres Zusammenarbeiten in der internationalen Sicherheitspolitik von Nöten. Zwar habe die Europäische Union bereits einige gemeinsame militärische Missionen durchgeführt, jedoch müsse dies zukünftig zu einer viel stärkeren Zusammenarbeit ausgebaut werden.



Joachim Schaparin

Walter Kolbow, parlamentarischer Staatssekretär a.D. beim Bundesminister der Verteidigung und Stellvertretender Vorsitzender der „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr“, stellte anfänglich die Frage in den Raum, ob Deutschland mit den heute vorhandenen militärischen Instrumentarien diesen ring of fire überhaupt bekämpfen könne. Er bezweifelte die Tauglichkeit sowie Nachhaltigkeit des deutschen Militäretats. Mit dem Vertrag von Lissabon werde erstmalig wieder die Vision einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik verfolgt. Daher konstatierte Kolbow, dass „wir zunächst einen gemeinsamen europäischen Verteidigungskommissar“ benötigen würden. In unserer digitalisierten Gesellschaft sei der Dreiklang von „Kommunikation, Organisation und Strategie“ in der Verteidigungspolitik wichtiger denn je. Weiterhin argumentierte der Referent, dass auch ein gewisser militärischer Sachverstand in der politischen Umsetzung nicht fehlen dürfe. „Die Ultima Ratio muss auf diesen ring of fire vorbereitet sein“, die Welt sei nicht so gut, um auf die Ultima Ratio des Militärs zu verzichten. Der Podiumsdiskutant wies darauf hin, dass man zudem nicht zu viel an Militärinstrumentarien einsparen dürfe. Die militärische Effizienz sei nicht zu unterschätzen, so Kolbow. Zudem stehe, wie häufig angenommen, der Parlamentsvorbehalt der Bundesrepublik Deutschland dem Aufbau gemeinsamer militärischer Truppen nicht entgegen. Kein Einsatz sei bisher an der Zustimmung des Bundestages gescheitert, äußerte sich Kolbow.



Walter Kolbow

„Was wir brauchen, sind multilaterale Verbundverhältnisse“, um die Summe der einzelnen europäischen Kapazitäten und Instrumentarien nachhaltiger miteinander verknüpfen zu können, forderte Kolbow. Man müsse mehr Formate schaffen, die das Vertrauen innerhalb der europäischen Bündnispartner stärken. Dies könne zukünftigem, gemeinsamen Handeln mehr Raum verschaffen. Schlussendlich forderte Kolbow die Schaffung einer Enquetekommission, um mögliche Szenarien für eine Umsetzung ausreichend diskutieren zu können. Ziel sei es grundsätzlich, so der Referent, eine europäische Wertegemeinschaft für eine gemeinsame Linie in der europäischen Verteidigungspolitik zu schaffen.

Flottillenadmiral Jürgen Ehle, Leiter des Arbeitsbereiches Militärpolitik bei der ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union, berichtete zunächst über seine eigenen Erfahrungen im Militärausschuss der EU. Es sei keine leichte Aufgabe, einen gemeinsamen Konsens zwischen allen 28 Mitgliedstaaten in sicherheitspolitischen Fragen zu schaffen. Es gäbe nach wie vor, viele Hürden besonders struktureller Natur, zu überwinden, um einen gemeinsamen thematischen Nenner zu schaffen. Deutschland würde in Europa als „guter Truppensteller“ gesehen werden, so Flottillenadmiral Ehle. Jedoch würde „mehr Commitment von Deutschland erwartet“. Deutschland sei eine unverzichtbare Basis, da sich viele Staaten nach deutschem Vorrauschieben in militärischen Einsätzen richten würden. Jürgen Ehle stellte das Konzept des „pooling und sharing“ kurz vor: Eine gemeinsame Stelle („pooling“) zur (strategischen sowie militärischen) Koordination müsse entstehen, gleichzeitig würden die nötige Expertise und besondere Fähigkeiten der einzelnen Staaten miteinander geteilt („sharing“). Das Pooling und Sharing stehe als Maßnahme gegen drohende militärische Handlungsunfähigkeit. Das Spannungsverhältnis zwischen natio-



Flottillenadmiral Ehle

nen Interessen und internationalem Anspruch sei auch hier nach wie vor problematisch. Die Erwartungshaltung innerhalb der Europäischen Union an Deutschland sei enorm hoch. Deutschland sei stärkste Wirtschaftskraft und verfüge gleichzeitig über die nötige Expertise, Aufklärung und Beratungsfunktion für militärische Aktionen. Wenn sich Deutschland an militärischen Missionen nicht beteiligt, könnte dies das Nichthandeln von anderen Staaten bedeuten, so Ehle. Er pflichtete Walter Kolbow mit seiner Forderung bei, dass die EU ein permanentes und bestehendes Hauptquartier für die gemeinsame Koordination von militärischen Missionen brauche. EU-Einsätze müssten künftig Ergebnis multinationaler Vereinbarungen sein, die auf gemeinsamen Strategieprozessen fundieren. Bisher habe der Prozess der Mandatierung ebenfalls nicht geschadet. Auch Ehle forderte mehr materiellen Sachverstand in politischen Entscheidungen. Konkret bedeute dies mehr Einsatz von Soldat_innen in multinationalen Institutionen. Das Schlüsselwort „cooperate identity“ leitete sein Schlusssatz ein: „Wir brauchen einen größeren europäischen Zusammenhalt!“.

Dr. Ronja Kempin, Mitarbeiterin der Stiftung die Wissenschaft und Politik, rollte die aufgekommene Debatte noch einmal aus wissenschaftlicher Perspektive auf. Sie erläuterte zunächst, dass die Anfänge der aktuellen europäischen Sicherheitspolitik auf das Jahr 1999 zurückgehe würden. „Die Rolle der EU als Sicherheitsakteur“ sei seitdem jedoch gesunken, so Kempin. Der sogenannte Ring aus Freunden haben sich zum ring of fire verändert, die heutigen Bedrohungen haben sich massiv verstärkt. Beispielhaft nannte sie Piraterie und hybride Kriege. Auch die finanzpolitische Lage in der Europäischen Union habe deren Verteidigungspolitik nachhaltig geschwächt. Seit 2005 sanken die Haushalte der europäischen Verteidigungsetats um etwa neun Prozent. Vergleicht man die Zahlen mit der Erhöhung der Etats in Russland (um 97%) und Saudi-Arabien (um 112%), mache dies die gravierende Reduktion des europäischen Verteidigungsetats deutlich. In Deutschland sei es augenscheinlich so, dass etwa die Hälfte des militärischen Materials nicht einsatzfähig wäre. Im Nato-Krisenfall, so die Referentin, wäre Deutschland nicht fähig, alle geforderten Materialien zu liefern. „2013 wurde 84% der Ausrüstung in der EU auf nationaler Ebene generiert“, daher seien Duplikationen von militärischem Instrument innerhalb der europäischen Staaten keine Seltenheit. Die Studie der EU „Kosten der Nichtintegration“ kam zu dem Ergebnis, dass die Europäische Union jährlich große Summen einsparen könnte, wenn sie sich für gemeinsame, militärische Anschaffungen entscheiden würde. Die exorbitant hohen Kosten lägen also vielfach an der mangelnden Bereitschaft der europäischen Staaten zur Kooperation. „26 Millionen Euro gehen dabei jährlich durch die Lappen“, so Kempin. Die Wissenschaftlerin plädierte für die Schaffung einer Europäischen Armee, schon allein aus Kosten- und Effizienzgründen. In der Wissenschaft, so Kempin, würden sich die Stimmen an vier eklatanten Fragen schneiden: Erstens, beschäftigen sich Gegner sowie Befürworter mit der Frage nach der Zusammensetzung einer möglichen Europäischen Armee. Stünde eine Europäische Armee als „absolute Marschroute“ oder komplementär zu einer nationalen Armee dar? Die zweite wichtige Frage beschäftige sich mit deren Finanzierung. Drittens, so die Referentin, sei die Verteilung von Aufgaben einer potentiellen nationalen Armee nach wie vor strittig. Schlussendlich müsste der Frage nachgegangen werden, wer die Entscheidung über einen möglichen Einsatz treffen würde. Die Referentin führte im Anschluss daran die Pro- und Contra Argumente einer potentiellen Europäischen Armee aus. Alle Pro-Argumente seien von einer europäischen Integrationsidee geleitet: „Alle strukturellen Probleme



Dr. Ronja Kempin

können behoben werden, es kann allein über den politischen Willen der nationalen Parlamente gelöst werden“, so Kempin.

Die Gegner halten jedoch nach wie vor dagegen, dass man sich nicht „mit politischen Utopien aufhalten“ solle. Probleme der politischen Realität müssten jeweils akut gelöst werden, dies bedeute die Verwirklichung pragmatischer Schritte mit Blick auf die aktuelle Krisenlage. Zudem sei ein häufig gehörtes Argument, dass es nichts gäbe, was die NATO durch ihr Krisenmanagement nicht lösen könne. Die NATO hätte das Potential, allein mit europäischen Streitkräften einen militärischen Einsatz zu fahren. Warum also vorhandene Ressourcen nicht nutzen? Ronja Kempin untermalte in ihrem Schlussstatement noch einmal, dass allein der politische Wille der Motor für eine Europäische Armee sein könne.

In der abschließenden Diskussion kam u.a. die Frage auf, ob bi- und multilaterale Verbindungen die Zukunft ausmachen werden. „Ja, doch wir müssen viel besser darin werden“, antworte die Referentin Kempin. Diesen zwischenzeitlichen Insellösungen müsse entgegen gewirkt werden, stimmten die Referent_innen überein. Die Fähigkeit, gemeinsame Ziele zu formulieren und gemeinsame Strategieprozesse zu entwickeln, müsse zukünftig stärker wachsen. Solange das nationale Interesse im Vordergrund stehe, so die Referent_innen, werden zahlreiche internationale Abkommen schwierig bleiben. Grundsätzlich waren sich die Diskutanten jedoch einig: „Was wir brauchen, ist eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik.“

Text: Leonie Kutz

Redaktion: Martin Weinert, Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung

Fotos: Bernd Raschke, Friedrich-Ebert-Stiftung